

Reisebericht Tschad

(30.10. – 01.11.2024)

Meine Reise in den Tschad war der erste politische Besuch auf Regierungsebene seit langer Zeit. Seit Ausbruch des Krieges in Sudan im April 2023 hat Tschad knapp eine Million Geflüchtete und Rückkehrer*innen aufgenommen, obwohl das Land selbst eines der ärmsten Länder der Welt ist. Wir kooperieren mit Tschad sowohl bei der humanitären Versorgung der Geflüchteten im Osten des Landes als auch bei der Stabilisierung der Tschadseeeregion im Westen. Dort operiert u.a. die Terrorgruppe Boko Haram.

Es freut mich sehr, dass Deutschland seit Kurzem wieder einen Botschafter in der Hauptstadt N'Djamena hat und auch Tschad plant, einen Botschafter nach Berlin zu entsenden. Dies ist besonders wichtig in einer Zeit, in der sich Tschad und die Region mit multiplen Krisen konfrontiert sehen und die Koordinierung der internationalen Zusammenarbeit zur Hilfe für die Menschen vor Ort gerade auch auf Regierungsebene erforderlich ist.

Ein Blick auf die Karte macht deutlich, um welche Krisen es sich handelt: Das dem Sahel zuzurechnende Land mit 19 Mio. Einwohnern und der knapp vierfachen Größe Deutschlands grenzt im Osten an Sudan, im Westen an den Tschadsee und dessen Anrainer Niger, Nigeria und Kamerun, im Norden an Libyen und im Süden an die Zentralafrikanische Republik.

Noch immer kämpft die tschadische Bevölkerung gegen die schwersten Überschwemmungen seit Jahrzehnten. 1,7 Mio. Menschen in nahezu allen Teilen des Landes sind hiervon betroffen. Schon beim Landeanflug in N'Djamena bekam ich einen ersten Eindruck von dieser Katastrophe: Ganze Landstriche waren noch überschwemmt. Der Tschad zählt zu den vulnerabelsten und zugleich am schlechtesten auf die Klimakrise vorbereiteten Länder weltweit.

Am Tschadsee im Westen des Landes hatte die Terrorgruppe Boko Haram wenige Tage vor meiner Ankunft 40 tschadische Soldaten getötet und Hunderte teils schwer verletzt. Staatspräsident Déby hatte daraufhin drei Tage Staatstrauer angeordnet. Im Gespräch mit Außenminister Koulamallah bekundete ich unser Beileid für die Opfer und versicherte, dass sich Deutschland auch weiterhin für Stabilität in der Tschadseeeregion einsetzen werde.



Gerade am Ende der Regenzeit nutzt den Terroristen von Boko Haram der hohe Wasserspiegel des Sees, um sich schnell mit Booten fortbewegen zu können. Der Tschadsee ist das bei weitem größte Binnengewässer Westafrikas, auch wenn seine Oberfläche in den letzten Jahrzehnten stark geschrumpft ist.

Drüber hinaus tauschte ich mich mit Außenminister Koulamallah über die Lage im Sahel und den Krieg in Sudan aus. Überraschenderweise sprach er auch die deutsche Kolonialvergangenheit in Tschad an. Ein Teil des heutigen Tschad befand sich auf dem Gebiet der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun. Die vorläufigen Grenzen dieser Kolonie wurden 1884/85 auf der Berliner Konferenz ohne Beteiligung afrikanischer Staaten festgelegt und später bestätigt. Der Beginn der Berliner Konferenz jährt sich diesen November zum 140. Mal. Wir setzen uns weiter für die umfangreiche Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit ein. Indem wir koloniales Unrecht anerkennen und aufarbeiten, können wir Vertrauen stärken und gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten.

Der Krieg in Sudan, die zurzeit größte humanitäre Krise weltweit, stand im Zentrum aller meiner Gespräche in Tschad. Er wirkt sich direkt auf Tschad aus. Die Menschen fliehen vor den Kämpfen, den gezielten Angriffen auf Zivilist*innen und immer mehr auch vor dem Hungertod. Jeden Tag erreichen durchschnittlich 800-900 Menschen, ganz überwiegend Frauen und Kinder, zu Fuß den Grenzübergang in Adré. Und es ist kein Ende der Kämpfe in Sicht.

Die Geflüchteten werden von der tschadischen Bevölkerung trotz eigener Armut aufgenommen. Nach wie vor leben rund 400.000 Sudanese*innen in Tschad, die vor rund 20 Jahren vor dem Völkermord in Darfur geflohen waren. Auf dem Human Development Index liegt der Tschad auf Platz 189 von 193, über 40% der Bevölkerung leben in Armut, 8% sind an das Stromnetz angeschlossen. Das Land ist mehrheitlich von Subsistenzwirtschaft (Ackerbau oder Viehzucht) geprägt und hängt stark von seinen Rohölexporten ab.

Von N'Djamena aus reiste ich in den Osten Tschads, um das Flüchtlingscamp Farchana zu besuchen. In dem rund 50 km vor der sudanesischen Grenze gelegenen Camp sind seit Ausbruch des Konflikts in Sudan 19.000 Personen angekommen. Zudem leben dort noch 30.000 Sudanese*innen, die 2003 auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg und Genozid in Darfur hier ankamen. Insgesamt gibt es 20 Camps in der Region, dazu viele behelfsmäßige Lager, in denen sich Geflüchtete nach ihrem Grenzübertritt temporär niederlassen. In der Grenzstadt Adré leben über 200.000 Menschen unter



unerträglichen Umständen. Viele warten darauf, dass sie in ein festes Camp wie Farchana zugelassen werden. 88% der vom UNHCR registrierten Personen sind Frauen und Kinder.

Das Asylrecht des Tschad ist auch nach Angaben des UNHCR eines der progressivsten weltweit. Dafür, dass die tschadische Regierung die Grenzen offenhält und den Flüchtlingen Land zur eigenen Bewirtschaftung zuteilen will, habe ich den Vertreterinnen und Vertretern der tschadischen Regierung ausdrücklich gedankt. Die weitere Integration der aufgenommenen Menschen ist äußerst wichtig, denn eines ist klar: Viele werden vorerst nicht nach Sudan zurückkehren können. Die Geflüchteten kommen aus allen Teilen der Gesellschaft: Viele sind Bauern, aber auch Akademiker*innen, Ärzt*innen, Jurist*innen und Lehrer*innen. Alle wollen ihre diversen Fähigkeiten beim Aufbau einer neuen Heimat mit einbringen.

Bei meinem Besuch sprach ich unter anderem mit dem Schulleiter einer Grundschule mit 1.330 Kindern und 13 Lehrkräften, außerdem mit Landwirt*innen und Rechtsanwält*innen. Im Gespräch mit internationalen Organisationen und NGOs informierte ich mich über den Bedarf vor Ort. Die in Ost-Tschad aktiven humanitären Helfer*innen stehen vor großen Herausforderungen, da die Notlage weiterwächst und die internationale Hilfe dem immensen Bedarf nicht annähernd gerecht werden kann.





Deutschland hat daher im laufenden Jahr die humanitäre Hilfe für Tschad auf 30 Mio. Euro erhöht (Ernährungssicherung, Wasser- und Gesundheitsversorgung; Schutzmaßnahmen, insb. für Frauen und Kinder). Sie wird in ganz Tschad umgesetzt, also neben Ost-Tschad insbesondere auch im Tschadseebecken und an der Grenze zur Zentralafrikanischen Republik im Süden.

Neben der humanitären Hilfe unterstützen wir die Region des Tschadseebeckens, die von Boko Haram terrorisiert wird, auch mit Stabilisierungsmaßnahmen. Seit 2019 haben wir hierfür 116 Mio. Euro beigesteuert. Mindestens 20 Mio. Euro davon werden im Tschad umgesetzt. Damit fördern wir zum Beispiel den Wiederaufbau von Kommunen und die Reintegration von ehemaligen Kämpfern. Hierüber sprach ich u.a. mit Botschafter Mammam Nuhu, Generalsekretär der Tschadseebecken-Kommission, einer 1964 gegründeten Internationalen Organisation für den Schutz der natürlichen Ressourcen des Tschadseebeckens und die Förderung regionaler Integration.

Tschad durchläuft seit der Ermordung des letzten Präsidenten 2021 auch innenpolitisch eine schwierige Transition. Für Ende Dezember sind die ersten Parlamentswahlen seit 2011 sowie Wahlen auf Provinz- und kommunaler Ebene geplant. Diese sollen den im Oktober 2022 um zwei Jahre verlängerten Transitionsprozess im Land beenden. Teile der Opposition haben bereits angekündigt, die Wahlen boykottieren zu wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine unabhängige Wahlbeobachtungsmission die angesetzten Wahlen begleitet. Denn es ist wichtig, dass die politische Transition im Land transparent, inklusiv und friedlich abläuft. Hierüber sprach ich mit dem Präsidenten des Verfassungsrates und Vertretern der politischen Opposition.

Im Gespräch mit Vertreterinnen der Zivilgesellschaft ging es um Menschenrechte, aber auch um die Vorbereitungen der Wahlen sowie die aktuelle innenpolitische

Situation im Land. Die Rechtsanwältinnen betonten die schwierige Lage von Frauen und Mädchen in Tschad und ihre rechtliche Benachteiligung. 60% der Mädchen werden minderjährig zwangsverheiratet, das Familienrecht wurde seit 1958 nicht verändert, Gewalt gegen Frauen und Kinder ist allgegenwärtig. Zudem kennen viele Menschen, Männer und Frauen, ihre Rechte gar nicht. Ein Großteil kann weder lesen noch schreiben. Daher braucht es mehr Aufklärung und Bildung. Und auch das ist klar: Stabilität und Frieden wird es langfristig nur mit einer stärkeren Beteiligung von Frauen geben – in Tschad, im Sahel und weltweit.